



Niedersachsen hat gewählt

Kurzanalyse der Niedersächsischen
Landtagswahl 2022

Prof. Simon T. Franzmann

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Landesbüro Niedersachsen

Die **Friedrich-Ebert-Stiftung** wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek

Das **Landesbüro Niedersachsen** der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet seit 1978 Veranstaltungen zur politischen Bildung an: von öffentlichen Diskussionsforen über Ausstellungen, Exkursionen und Jugendbeteiligungsprojekte bis hin zu Kompetenztrainings, Webinaren und einem eigenen Podcast.

Inhalt

- 3 Die Ergebnisse**
- 16 Einige Schlussfolgerungen und künftige Herausforderungen**
- 19 Zentrale Links und Quellen**

Kurzanalyse der Niedersächsischen Landtagswahl 2022

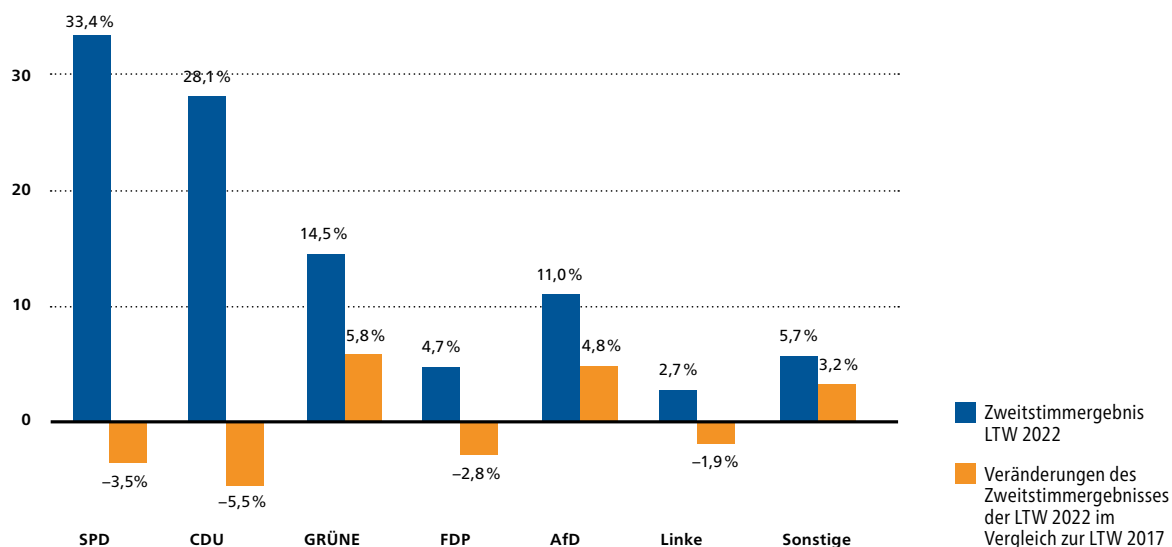
Die Landtagswahl in Niedersachsen vom 9. Oktober 2022 stand unter historisch ungewöhnlichen Vorzeichen. Es war die erste Landtagswahl, bei der die „Zeitenwende“ in Folge des Ukrainekriegs ebenso wie die sich anbahnende Energiekrise und die beginnende Inflation sich in das Bewusstsein der Bevölkerung eingepägt hatten. Im Ergebnis beendete die Landtagswahl die letzte „große“ Koalition aus SPD und CDU auf Landesebene, führte zu einem Ausscheiden der FDP aus dem Landtag und für AfD und Grüne zu ihrem besten Landtagswahlergebnis in Niedersachsen. Diese Kurzanalyse bedient sich der Zahlen des Landeswahlleiters des Landes Niedersachsen, der Forschungsgruppe Wahlen (für das ZDF) und von infratest dimap (für die ARD), sowie einer eigenen Auswertung des Niedersächsischer Demokratiemonitors 2021, Diskussion im Rahmen von Gesprächskreisen der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Auswertungen von Mitarbeitenden des Instituts für Demokratieforschung, Felicia Riethmüller und Alexander Hensel.

Ergebnisse

Angetreten waren SPD und CDU als Koalitionspartner, die aber erklärtermaßen nicht weiter miteinander koalieren wollten. Beide Regierungsparteien verloren Stimmen. Stärkste Partei wurde die SPD mit 33,4 % was 3,5 % unter ihrem Ergebnis von 2017 lag. Die CDU verlor sogar 5,5 % und kam am Ende auf 28,1 %. Die größten Zugewinne konnten Bündnis90/Grüne mit 5,8 % auf 14,5 % sowie die AfD mit 4,8 % auf 11 % verzeichnen. Beide Parteien legten in sämtlichen Wahlkreisen Niedersachsens zu. Die Grünen hatten bei der Europawahl 2019 22,6 % in Niedersachsen erzielt und lagen in den Umfragen vor der Landtagswahl zeitweilig ebenso hoch, so dass ihr Stimmenzuwachs eher im unteren Erwartungsbereich lag. Die AfD erzielte ihr mit Abstand bestes Ergebnis und legte laut Umfragen erst in den Wochen vor Wahl zu. Andere Parteien zogen nicht in den Landtag ein. Die FDP verlor 2,8 % und verfehlte mit 4,7 % den Einzug in den Landtag. Die Linke rutsche mit 2,7 % gar unter die 3 %-Marke. Unter den sonstigen Parteien erreichten die Tierschutzpartei 1,5 % (plus 0,8 %) und dieBasis 1 %, „Die Partei“ 0,9 % und die Freien Wähler 0,8 %. Bemerkenswerterweise wiederholte dieBasis dabei das Kunststück, wie bei der Bundestagswahl 2021 mehr Erst- als Zweitstimmen für sich zu gewinnen, obwohl sie nicht in allen Wahlkreisen mit eigenen Kandidierenden antrat. Dies ist ein für Kleinparteien ungewöhnliches Muster. Besonders hoch war ihr Erststimmenanteil in den Wahlkreisen, in denen die AfD keinen eigenen Wahlkreiskandidierenden aufgestellt hatte.

Insgesamt führte aufgrund der 5 %-Hürde das Wahlergebnis zu einer deutlichen parlamentarischen Mehrheit für eine mögliche Koalition aus SPD und Grünen. Diese Koalitionsoption wird auch als einzige mehrheitlich von der niedersächsischen Bevölkerung – 42 % Zustimmung bei 41 % Ablehnung bei der Forschungsgruppe Wahlen, etwas schlechtere Werte bei Infratest Dimap – positiv bewertet. Die einzig denkbare Alternative wäre eine Neuauflage der so genannten großen Koalition aus SPD und CDU gewesen, da die niedersächsische AfD allgemein als nicht koalitionsfähig und -willig gilt und CDU und Grüne nicht auf eine eigene Mehrheit kommen.

Abbildung 1: Wahlergebnis 2022 und Veränderung zu 2017



Quelle: Landeswahlleiterin; entnommen: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/LW2022/LW/000.pdf>, zuletzt abgerufen am 04.12.2022

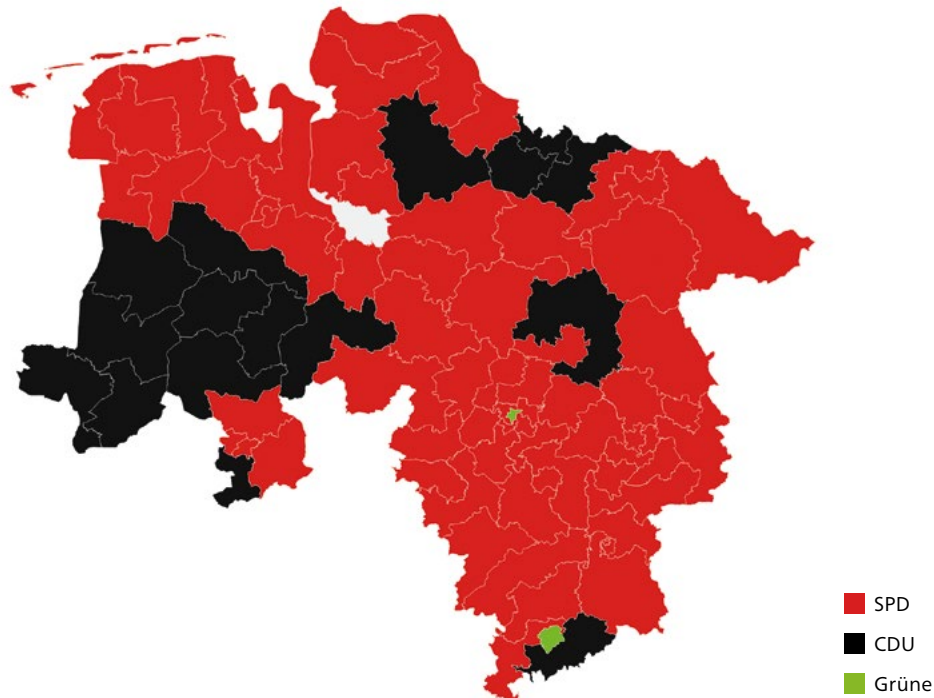
Bei der Analyse der Wähler_innenwanderung fällt auf, dass es zwischen Grünen und AfD gar keinen Austausch gab. Stimmengewinne der AfD gingen im gleichen Ausmaß auf Kosten von CDU und FDP (je 40.000 laut infratest). Die FDP verlor in vergleichbarem Ausmaß an die CDU, die wiederum Stimmen an AfD, Grüne und Nicht-Wählende sowie in geringerem Umfang an die SPD abgab. Die Grünen gewannen vor allem Stimmen von CDU und SPD. Die SPD verlor die meisten Stimmen an die Grünen (Schätzung von infratest: 55.000), aber auch an AfD (25.000) und Nicht-Wähler_innen (35.000).

Die Wahlbeteiligung sank auf 60,3% (63,1% in 2017). Im Bundesländervergleich war nur in Nordrhein-Westfalen die Wahlbeteiligung in 2022 geringer. Einzig im Wahlkreis Gifhorn-Nord/Wolfsburg kam es zu einem kleinen Anstieg der Wahlbeteiligung. Es ist der Wahlkreis des AfD-Spitzenkandidaten Stefan Marzischewski-Drewes, so dass eine doppelte Mobilisierung von AfD-Anhänger_innen und ihren Gegnern vermutet werden kann: zum einen die Mobilisierung von Wähler_innen, die sich nur von der AfD angesprochen fühlen und vorher zur Wahlenthaltung neigten; und umgekehrt von Wähler_innen, die das absehbar gute Abschneiden der AfD als bedrohlich empfinden und trotz einer gewissen Unzufriedenheit wählen gegangen sind.

Mehr als die allgemeinen Verschiebungen zwischen den Parteien als Ganzes sind die dahinterliegenden Muster bemerkenswert. Die niedersächsische Wählerschaft unterscheidet sich zum ersten (1) nach geographischen Merkmalen, zum zweiten (2) nach Alterskohorten und (3) nach sozial-strukturellen Mustern.

Geographische Muster: Stadt-Land-Unterschiede nehmen zu

Abbildung 2: Zweitstimmenergebnisse in den 87 Wahlkreisen



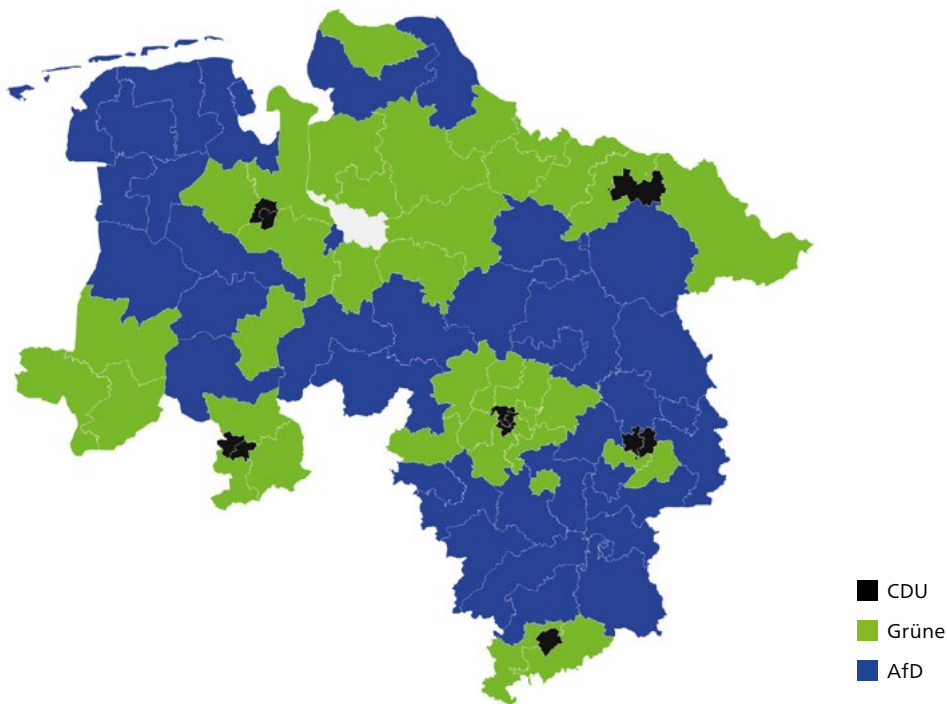
Quelle: www.tagesschau.de, abgerufen am 09.10.2022

Geographisch weist die Landtagswahl einige bemerkenswerte Muster auf. Nach wie vor ist die CDU im katholischen Westniedersachsen, Teilen der Lüneburger Heide und im katholischen Eichsfeld im Südosten stärkste Partei. Die westlichen Regionen Oldenburg, Emsland und Osnabrück sind die einzigen Regionen, in denen SPD und Grüne zusammengerechnet nicht stärker als die beiden parlamentarischen Oppositionsparteien AfD und CDU sind. Die anderen Landesteile werden trotz Verlusten¹ von der SPD dominiert. Ausnahme sind die Universitätsstädte. Die Grünen gewinnen in allen Universitätsstädten stark hinzu und wurden zum Beispiel in Göttingen und Hannover-Linden stärkste Partei. Umgekehrt hat die AfD in eher ländlichen Gebieten ihre besten Ergebnisse – in einer Art Ringform um die Landeshauptstadt Hannover, wie Alexander Hensel diagnostiziert.² Davon abgesehen legte sie besonders stark in Friesland zu. Im Vergleich zum Niedersächsischen Demokratie-Monitor (NDM) 2021 zeigt sich, dass die AfD auch dort stark war, wo zuvor der Rückhalt in Teilelemente in die repräsentative Demokratie schon niedriger war. Das gilt unabhängig vom sozio-ökonomischen Status, z. B. auch für die Region um Braunschweig und Wolfsburg.

¹ Ausnahme: Region Osnabrück/Emsland, dort war die SPD praktisch stabil (plus 0,2%).

² Alexander Hensel: Wer wählte wo und warum die AfD? (<https://www.ifdem.de/beitraege/ltw-nds-wer-wahlte-wo-und-warum-die-afd/>, zuletzt abgerufen am 04.12.2022)

Abbildung 3: Die drittstärkste Partei in den Wahlkreisen



Graphik erzeugt über: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-10-09-LT-DE-NI/> [zuletzt abgerufen am 04.12.2022]

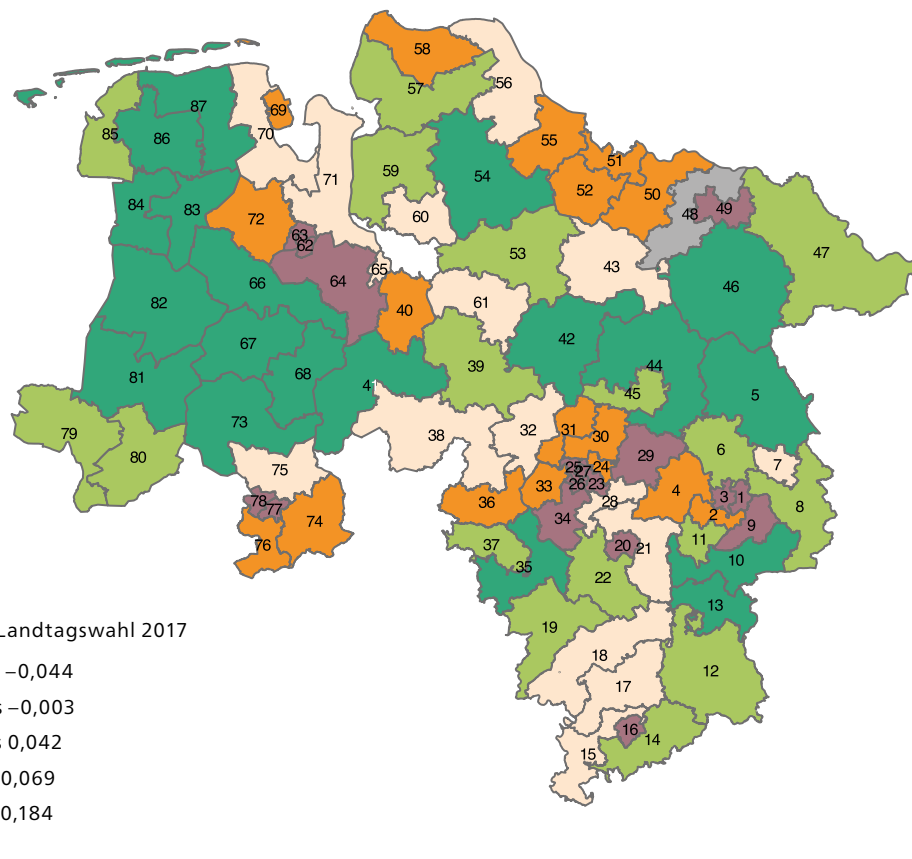
Eine Darstellung der drittstärksten Partei unterstreicht bildlich die Entwicklung des „AfD-Rings“ in den ländlichen Gebieten in einiger Distanz zu den Universitätsstädten. Die SPD taucht hier nicht auf, da sie allen Wahlkreisen wenigstens die zweitstärkste Partei ist. Das gilt nicht für die CDU: sie ist in den Universitätsstädten häufig nur dritte Partei hinter Grünen und SPD. Die Grünen sind es in direkter Nachbarschaft zu den Universitätsstädten, und im Raum dazwischen dominierte das AfD-Blau (siehe Abbildung 1).

Die territorialen Unterschiede haben sich dabei eher verschärft: Felicia Riethmüller zeigt, dass sich das ideologische Gravitationszentrum – das ist vereinfacht gesagt die ideologische Ausrichtung eines Wahlkreises – in Abhängigkeit der Ländlichkeit entwickelt hat: je ländlicher ein Wahlkreis, desto „rechter“ ist dieser Wahlkreis geworden, je städtischer, desto „linker“.³ Wir sehen nun auch in Niedersachsen im Vergleich der letzten Landtagswahlen eine Entwicklung, die es international schon länger zu beobachten gibt: das Wahlverhalten in Universitätsstädten und in ländlichen Regionen entwickelt sich zunehmend auseinander.

Die einzige Partei, die in Niedersachsen fast überall gut vertreten ist, ist die SPD. In diesem Sinne hält sie Niedersachsen (noch) zusammen und erfüllt das Selbstbild als

³ Felicia Riethmüller: Tektonische Verschiebungen. Wahlkreispositionen zur Niedersächsischen Landtagswahl (<https://www.ifdem.de/beitraege/tektonische-verschiebungen/>, zuletzt abgerufen am 04.12.2022)

Abbildung 4: Die ideologische Entwicklung der Wahlkreise in Niedersachsen



Quelle und Graphikerstellung: Felicia Riethmüller 2022 – [<https://www.ifdem.de/beitraege/tektonische-verschiebungen/>, zuletzt abgerufen am 04.12.2022] – Erläuterung: Je roter, desto stärker hat der Wahlkreis sich nach links verschoben; je „grüner“ desto weiter rechts. Die Farbgebung hat keinen Bezug zu Partiefamilien und ist technisch bedingt.

„Niedersachsen-Partei“. In mittelgroßen Städten sowie in alten Industriestädten wie Salzgitter unterscheidet sich das Bild von dem grundsätzlichen Stadt-Land-Muster: in Salzgitter beispielsweise kommt die SPD auf fast 40 %, die CDU etwas über 20 %, die AfD auf 18,4 % und die Grünen auf 8,3 % – bei einer vergleichsweise niedrigen Wahlbeteiligung von 54,1 %.

Ein Blick auf die Stimmbezirksebene – z. B. innerhalb einer Universitätsstadt wie Göttingen – modifiziert den ersten Anschein der vorwiegend grünen Städte. Neben den Innenstadtstimmbezirken, in denen die Grünen tatsächlich über 50 % erzielen und die CDU keine 5 %, gibt es Stadtteile mit Ergebnismustern ähnlich wie in Salzgitter, in denen bei niedriger Wahlbeteiligung die SPD dominiert und die AfD [wie z. B. Holtenser Berg in Göttingen] mit der CDU um den zweiten Platz konkurriert.⁴ Dies sind Stadtteile mit einem hohen Anteil von Menschen in prekären Lebensverhältnissen, in denen früher die Industriearbeiterschaft wohnte und nun

⁴ Die Stimmbezirksergebnisse wurden folgender Seite entnommen: https://votemanager.kdo.de/20221009/03159016/presentation/uebersicht.html?wahl_id=307&stimmotyp=1&id=e-bene_6 [zuletzt abgerufen am 04.12.2022]

hohe Migrationsanteile zu verzeichnen sind. Nicht nur im Falle Göttingens sind es mutmaßlich viele Russlanddeutsche, die in den entsprechenden Stadtteilen wohnen und die AfD unterstützen.

Auffallend in allen Großstädten ist, dass bei den stimmstärksten Bezirken der CDU sehr häufig die Briefwahlstimmbezirke aufgeführt werden. Dies kann mehrere Gründe haben: zum einen kann dies ein Hinweis sein, dass die CDU es nicht vermochte, in der Spätphase des Wahlkampfes neben ihrem Kernklientel Wähler_innen an sich zu binden. Zum anderen könnte es aber auch in der Altersstruktur begründet sein, da die CDU klassischerweise einen hohen Rückhalt bei der älteren Bevölkerung hat, die in Erinnerung an die unter Pandemiebedingungen stattfindende 2021er Bundestagswahl sich frühzeitig für eine Briefwahlstimmabgabe entschied.

Altersmuster und geschlechtsspezifisches Wahlverhalten: die Jungen sind fragmentiert

Bezüglich der Alterskohorten sind klare Muster zu erkennen: Je jünger die Wählenden, desto mehr werden „sonstige“ Parteien gewählt und desto weniger die „alten“ Volksparteien CDU und SPD. In der jüngsten Kohorte ist die FDP mit 10 % recht stark vertreten und in den alten Kohorten schwach, in der über 60 Jahre kommt sie nur auf 3 %. Die Grünen zeigen das umgekehrte Muster: sie haben ihr bestes Ergebnis in der Altersgruppe bis 34 und mit jeder Alterskohorte zunehmend weniger. Die AfD hat ihr stärkstes Ergebnis in der Kohorte der Mittelalten [35–44 Jahre] und kommt dort auf 17 %. Ein Indiz für eine mögliche Erklärung für das gegenläufige Muster von FDP und Grünen könnte der NDM liefern. Dort zeigt sich bei den Parteivertrauenswerten, dass in den Geburtsjahrgängen älter als 1977 eine rot-rot-grüne vs. schwarz-gelbe [und eine dritte AfD-] Dimension zu finden ist. Das legt die Vermutung nahe, dass insbesondere für die älteren FDP-Wähler_innen das Eingehen der Ampelkoalition im Bund eine besondere Zumutung ist, da sie sich eigentlich als Teil einer schwarz-gelben bürgerlichen Koalition sehen.

In der Kombination mit Geschlecht gibt es den auffallenden Befund, dass die SPD einzig in der Gruppe der Frauen über 60 Jahre an Stimmen zulegen konnte. Besonders hohe Verluste hat sie bei Männern unter 25 Jahre. Die CDU verlor über alle Alterskohorten bei den Frauen deutlich stärker als bei den Männern. Die AfD wird zwar insgesamt deutlich mehr von Männern als von Frauen gewählt. Allerdings bewegte sich der Stimmenzuwachs im Vergleich zu 2017 auf einem ähnlichen Niveau. In der Gruppe der 35-44jährigen gewann die AfD 10 % bei den Frauen. Am geringsten ist der AfD-Rückhalt bei den über 60jährigen (Frauen 5 %; Männer 8 %). Die großen demoskopischen Institute berichten bei den Alterskohorten lediglich eine Gruppe ab 60. Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erscheint es aber nicht wirklich überzeugend, davon auszugehen, dass 60jährige und 80jährige Personen eine gemeinsame politische Sozialisation und entsprechend ähnliche politische Ansichten entwickelt haben; es ist eher das Gegenteil zu vermuten.

Um diese Vermutung zu überprüfen, habe ich die Daten des NDM herangezogen, der ein ca. 1,5 Jahre vor der Landtagswahl 2021 erhoben wurde. Er ist kein Wahldatensatz, aber dafür geeignet und ausgerichtet, langfristige Überzeugung und Vertrauen in politische Institutionen, Partei, Politiker_innen und die Demokratie als Staatsform analysieren zu können. Ein Blick auf die Vertrauenswerte für die Parteien ergibt ein eindeutiges Bild:

Tabelle 1: Anteil Befragte mit sehr hohem Vertrauen zu ...

	Bis 29 Jahre (Jg. 1992)	Bis 44 Jahre (Jg. 1977)	Bis 59 Jahre (Jg. 1962)	Bis 74 Jahre (Jg. 1947)	75 und älter (ab Jg. 1946)
CDU	11,8%	6,8%	8%	9,8%	24%
SPD	4,77%	3,62%	7,5%	8%	16,5%
Grüne	7,46%	7,21%	9,92%	9,16%	11,67%
AfD	2,39%	2,85%	1,16%	0,93%	0,54%

(Eigene Auswertung auf Basis des Niedersächsischen Demokratiemonitors 2021 – gewichtete Ergebnisse) – Kohorte mit höchstem Ergebnis grün eingefärbt, mit schwächsten Ergebnis orange eingefärbt. Da die Erhebung 2021 stattfand, sind die Jahrgänge pro Kohorte ein Jahr „jünger“ als 2022.

Die über 75jährigen sind diejenigen, die den großen alten Volksparteien SPD und CDU das größte Vertrauen entgegenbringen. Ihre Vertrauenswerte sind fundamental höher als die der Gruppe der 60-74jährigen. Mit einiger Vorsicht kann daraus geschlossen werden, dass die Berichterstattung des Wahlergebnisses aus 2022 die demographische Schieflage des niedersächsischen (und womöglich auch des deutschen) Wahlsystems unterschätzt. Auffallend ist ebenfalls, dass die Grünen in allen Kohorten unterhalb der ältesten sogar mehr Personen mit dem vollsten Vertrauen auf sich vereinen können als die SPD. Die Werte der SPD erscheinen recht niedrig. Das Bild ändert sich ein wenig, wenn die Misstrauenswerte analysiert werden: zwar finden sich in diesen Altersgruppen nur wenige mit allerhöchstem Vertrauen in die SPD, aber auch weniger mit Misstrauen ihr gegenüber. Möglicherweise gehen die relativ niedrigen Werte bei der höchsten Vertrauensstufe für die SPD auch auf ein spezifisches Antwortverhalten ihrer Anhängerschaft zurück, nämlich ihre Begeisterung nicht so intensiv zum Ausdruck zu bringen wie die Anhänger_innen der Grünen. Eine gewisse Grundunzufriedenheit mit der Welt und mit der SPD, selbst wenn es die eigene Partei ist, gehört quasi zur Folklore dieser Partei. Zu beachten ist schließlich, dass Vertrauenswerte nicht gleich potentielle Wahlentscheidungen sind. So vertraut die älteste Kohorte offenkundig grundsätzlich Parteien mehr als es die jüngeren Kohorten tun.

Sozial-Strukturelle Muster: SPD hält noch knappe Mehrheit bei den Arbeiter_innen

Andererseits zeigt sich auch, dass die ehemalige Kernklientel der SPD sie nicht mehr so rigoros unterstützt: die Arbeiterschaft. Allerdings unterscheiden sich hier die demoskopischen Institute doch recht deutlich darin, in welchem Umfang dies geschehen ist.

Die Zahlen von infratest dimap sind auf den ersten Blick recht dramatisch: Die SPD verlor hier 13 %, die AfD gewann 12 %, während die CDU hier praktisch konstant blieb. Die SPD (28 %) ist zwar damit noch stärkste Partei bei den Arbeiter_innen, aber nur noch knapp vor CDU (25 %) und AfD (24 %). Die AfD ist dabei aber keine Klassenpartei. Die andere große Berufsgruppe, bei der die AfD gewinnen konnte, waren die Selbstständigen (+6 %). In dieser Gruppe ist sie nun mit 13 % genauso stark wie die FDP – die einzige Berufsgruppe, bei der die FDP übrigens keine Verluste hinnehmen musste. Die Grünen können auch bei den Selbstständigen punkten – 19 % – und die CDU ist in dieser Berufsgruppe noch mit 36 % die stärkste Partei, während die SPD auf 12 % kommt. Es gibt lediglich eine Gruppe, bei der die Grünen ein wenig verloren haben: bei den Personen mit schlechter wirtschaftlicher Situation verzeichnen sie einen Verlust von einem Prozent.

Bei der Forschungsgruppe Wahlen sehen die Ergebnisse für die SPD deutlich freundlicher aus. Hier erzielt die SPD an der Gesamtwählerschaft gemessen 37 % bei den Arbeiter_innen, die AfD kommt auf 17 %. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern ist die SPD weiterhin stärkste Partei, muss aber hohe Verluste hinnehmen (Angestellte: minus 9 %; Arbeiter_innen: minus 10 %).

In der Tendenz kommen beide Umfrageinstitute zu einem ähnlichen Schluss: die SPD dominiert noch in der Gruppe der Arbeiter_innen und Gewerkschaftsmitglieder, verzeichnet hier aber Verluste. Die Gruppe der Arbeiter_innen ist in der Wählerschaft der AfD hoch ausgeprägt. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern gewinnen die Grünen und die Sonstigen hinzu.

Was hier bei den Zahlen der demoskopischen Institute nicht berücksichtigt wird, ist die Wahlbeteiligung nach Berufsgruppen. Wir wissen, dass Personen in prekären Lebensverhältnissen seltener zur Wahl gehen.⁵ Umgekehrt sehen wir ein Muster, dass die Grünen von den Wohlsituierten und Zufriedenen gewählt werden. Dies könnte die hohen Schwankungen der Grünen mit sehr hohen Werten bei Umfragen und Europawahlen einerseits und Land- und Bundestagswahlen andererseits erklären: es ist schlicht ein Mobilisierungseffekt. Je höher der Wahlbeteiligungsanteil von Personen, die in prekären Verhältnissen leben, desto niedriger fällt am Ende das Wahlergebnis der Grünen aus, weil sie in dieser Gruppe nur unterdurchschnittlich unterstützt werden.

⁵ Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp, and Jérémie Felix Gagné. „Prekäre Wahlen: Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013.“ (2013).

Wahlkampf & wichtigste Probleme: Preise und Energie

Der Wahlkampf wurde in außenpolitisch schwierigen und energiepolitisch so unübersichtlichen wie unsicheren Zeiten sehr sachlich geführt. Die in den Anfangsumfragen dominierenden Landesthemen wie Schule und Mobilität wurden von der nahenden Sorge um die steigenden Preise und die Energieversorgung verdrängt. Dies sollte aber nicht mit einer Dominanz der bundespolitischen Ebene verwechselt werden. Tatsächlich unterscheidet die niedersächsische Bevölkerung traditionell in der Bewertung der Politik zwischen Landes- und Bundesebene. So auch dieses Mal. Die Themenagenda änderte sich, aber die Bewertungen waren dann doch sehr landesspezifisch.

Auch hier unterscheiden sich die Berichte der Umfrageinstitute zum Teil erheblich. Statista meldete im September, dass als wichtigstes Problem die Energiepolitik galt – 31 % der Befragten nannten dies – und Schule & Bildung auf Platz zwei mit 24 % folgte.⁶ Im TV-Duell zwischen Weil und Althusmann kam es denn auch ausführlicher zur Schulpolitik und die Frage der Unterrichtsversorgung. Althusmann versprach eine 100 %-Abdeckung, während Weil darauf hinwies, dies unter Umständen trotz Neueinstellung aufgrund der erhöhten Anforderungen an die Schule nicht sicher versprechen zu können.⁷ Als zentrales Kompetenzfeld der Landesebene ist Schule tatsächlich sehr häufig das entscheidende Thema. Es rückte in diesem Wahlkampf aber in den Hintergrund.

Die Forschungsgruppe Wahlen berichtete eine noch deutlichere Dominanz der Themen Energie (35 %) und Preise (34 %) am Wahltag. Schule wurde nur noch mit 15 % gewertet.

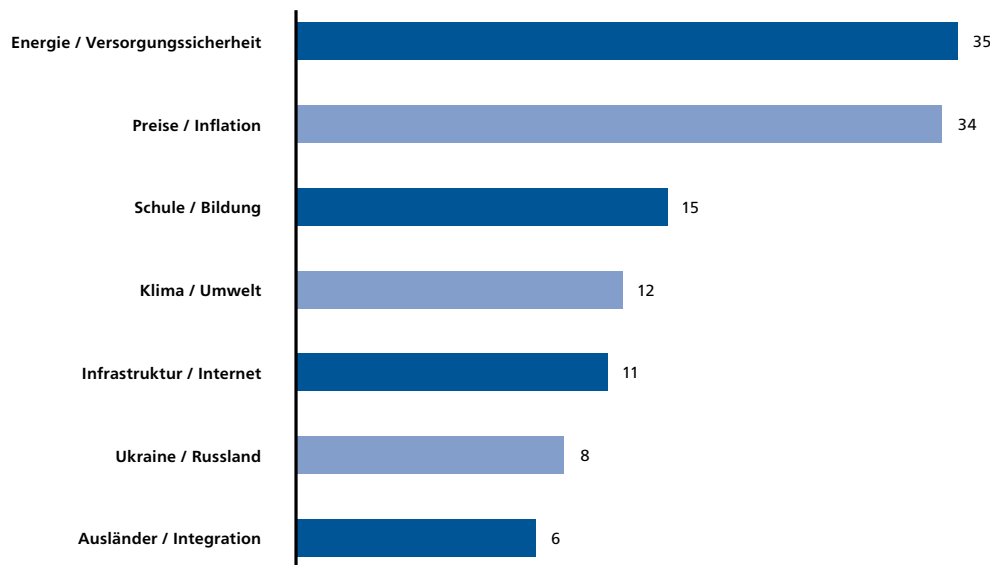
In die gleiche Tendenz zeigen die Ergebnisse von Infratest Dimap. So werden dort bei der thematischen Motivation, die AfD zu wählen, von den Befragten vorwiegend Fragen der Inflation, Energiesicherheit und des Arbeitsplatzverlustes berichtet. Sorgen machen sich die Wählenden der AfD zu 97 %, dass Einkommen und Wohlstand spürbar sinken, 94 % befürchten, dass zu viele fremde Menschen nach Deutschland kommen. Das Migrationsthema spielt also durchaus eine (latente) Rolle auch bei dieser Landtagswahl für den AfD-Stimmengehalt, ist aber klar ökonomisch unterlegt. Die AfD führte einen bemerkenswert professionellen Wahlkampf. Bemerkenswert deswegen, da der Landesverband als notorisch zerstritten galt und noch ein Jahr vor der Landtagswahl selbst den eigenen Internetauftritt nicht mehr pflegte. In der aktuellen Wahlkampagne präsentierte die AfD hingegen einen gelungenen Online-Flyer mit der fiktiven Familie Meier.⁸ Die Illustration der Kleinfamilie aus Fensterbauer und Verkäufer_in mit drei Kindern und einem (Wach-)Hund thematisiert die möglichen Sorgen und Alltagsnöte einer solchen Familie in Niedersachsen.

⁶ Entnommen: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/663234/umfrage/meinung-ueber-die-wichtigsten-politischen-probleme-in-niedersachsen/> [zuletzt abgerufen am 04.12.2022]

⁷ Das TV-Duell kann unter der folgenden Internetadresse noch abgerufen werden: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/TV-Duell-Weil-und-Althusmann-im-Kampf-um-die-Staatskanzlei-landtagswahl4380.html>. Ab Minute 38 geht es um Bildungspolitik.

⁸ <https://afd-niedersachsen.de/wahlprogramm-zur-landtagswahl> [zuletzt abgerufen am 04.12.2022]

Abbildung 5: **Wichtigste Probleme in Niedersachsen**



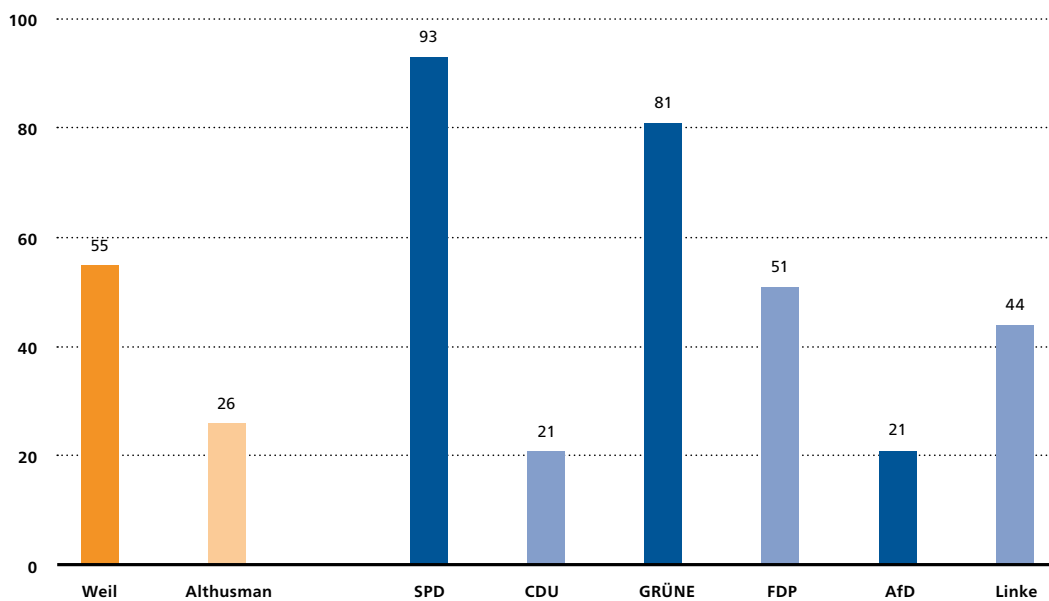
Quelle & Darstellung: Forschungsgruppe Wahlen, Umfrage vor der Wahl in Niedersachsen 10/22, S. 24

Da spielten Finanzen, Rente, Inflation, Energie aber auch Migration und direkte Demokratie eine Rolle. Die aktuelle Inflation wurde mit „Die etablierten Parteien haben die jetzige Situation ohne Not herbeigeführt“ kommentiert; bei der Energiepolitik wurde auf die Kosten im Umfang einer Kugel Eis – ein Zitat von Jürgen Trittin – Bezug genommen. Bei der Migration wurde die Sorge über die Veränderung der Welt ausgedrückt und in der Verkehrspolitik links-grüne Wohlfühlzonen beklagt. Corona und Innere Sicherheit wurden ebenfalls angesprochen. Die AfD beklagte die Maskenpflicht und im Feld der Inneren Sicherheit umgekehrt, dass Polizist_innen bei Corona-Protesten hart durchgreifen müssten, aber bei „linken Protesten“ nicht. Beide Themen sind aber im Flyer erst hinten zu finden. Dies korrespondiert mit der Gesamtproblemwahrnehmung. Dort wird das Politikfeld der Inneren Sicherheit, das bei Landtagswahlkämpfen häufig eine Rolle spielt, von der Gesamtwählerschaft nicht als zentral aufgeführt.

Die veränderte Themenlage aufgrund der Preissteigerungen und der Energiekrise führte zu einer Abkehr von klassischen Landtagswahlthemen, ohne dass die Landtagswahl zu einer Abstimmung über die Bundesregierung wurde. Eher wurde sie zu einer Abstimmung, welcher Person und welcher Partei die höchste Problemlösungskompetenz im Land Niedersachsen zugetraut wurde. Da zeigten sich wiederum Niveauunterschiede bei den demoskopischen Instituten. So berichtet die Forschungsgruppe Wahlen für die SPD die höchste Problemlösungskompetenz im Themenfeld „Wirtschaft“ (31 % SPD; 22 % CDU), während Infratest Dimap 32 % CDU und 30 % SPD angibt. Bei der Globalfrage, wer in der Lage sei, die wichtigsten Probleme Niedersachsens zu lösen, dominiert aber auch bei infratest dimap die SPD mit 36 % vor der CDU mit 25 %.

Die CDU sah sich im Wahlkampf noch mit einem besonderen Problem konfrontiert. Während SPD und Grüne sich von Anfang an als Wunschkoalition präsentierten und dies nach den Umfragen den gesamten Zeitraum über auch als glaubwürdige Option erschien, oszillierte die Union zwischen einer Kritik der Ampelparteien und dem Versuch, trotzdem mit FDP, Grünen und SPD koalitionsfähig zu sein. Außerdem konnte sie anders als in vielen anderen Bundesländern keine überzeugende Option für schwarz-grün aufzeigen. Auch hier mag die im Wahlkampf aufgekommene Diskussion über den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zu einer Reaktivierung der ideologischen Gräben von Union und Grünen geführt haben, die es unglaublich erscheinen ließ, dass schwarz-grün eine handlungsfähige Regierung stellen könnte. So führte die CDU einen Wahlkampf ohne echte Regierungsoption in einem unsicheren Umfeld, in dem die Wählerschaft sich klare Orientierung wünschte. Die Uneinigkeit zwischen CDU und SPD, ein landesspezifisches Unterstützungspaket für die Wirtschaft auf den Weg zu bringen, half sicherlich der Union auch nicht, Vertrauen in der Wählerschaft in ihre Handlungsfähigkeit aufzubauen. Zu deutlich wurde hier, dass die CDU die Initiativen des Ministerpräsidenten aus Wahlkampfgründen bremste.

Abbildung 6: Präferenz für den Ministerpräsidenten



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Umfrage vor der Wahl in Niedersachsen 10/22, S. 21

Faktoren für den Wahlausgang: Kompetenz und Kandidat

Ohne der Wählerschaft eine glaubwürdige Regierungsalternative anbieten zu können, traten für die CDU ihre übrigen Schwächen stark in den Vordergrund. Die Forschungsgruppe Wahlen hat die Parteikompetenz als wichtigsten Faktor identifiziert. Dahinter folgten Parteibindung und der Kandidat. Die Beliebtheitswerte für Stephan Weil waren durchweg deutlich höher als die von Bernd Althusmann (z. B.: Weil: 55%; Althusmann: 26%).

Der Kandidatenfaktor wirkt zusammen mit der Parteikompetenz, der erwünschten Problemlösungskompetenz angesichts der unsicheren energiepolitischen Lage und der Parteibindung. Das heißt, der Kandidat muss zu Partei und Programm passen – und dieses Gesamtpaket wiederum zu den Umständen. Das war bei Stephan Weil offenkundig der Fall. Auffallend sind die von infratest dimap berichteten Werte, dass für die Wähler_innen der SPD der Kandidat zu 39 % der entscheidende Faktor war, 38 % geben das Programm und nur 23 % die langfristige Parteibindung an. Zum Vergleich: Die Werte der CDU sind 20 % für den Kandidaten, 46 % für das Programm und 27 % für langfristige Parteibindung. Das gute Abschneiden für die AfD wird häufig als eine Protestwahl oder kurzfristige Sorgenwahl interpretiert. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die langfristige Parteibindung auch hier von 5 % auf 10 % erhöht hat.

Besondere strategische Position der SPD: Lösung eines Trilemmas

Anders als in vielen anderen Bundesländern ist in Niedersachsen die SPD wie die Landtagswahl gezeigt hat die tragende Staatspartei, die zudem Wunschpartner für eine Koalition praktisch aller anderen Parteien ist. Sie dominiert im gesamten Lande, außer in den katholischen Gebieten Westniedersachsens. Lediglich in den Universitätsstädten haben die Grünen in den Stadtteilen mit wohlhabender, hochgebildeter Bevölkerung sich zur hegemonialen Partei entwickelt. Gleichzeitig zeigte sich ein Muster bei der Wahlkreisanalyse, dass die SPD-Ergebnisse hoch mit denen der AfD korrelieren. Das heißt nicht, dass es eine direkte Konkurrenz um Wähler_innen von AfD und SPD gibt. Aber sie weisen in Niedersachsen eine ähnliche Hochburgenstruktur abseits der Universitätsstädte auf. Es sind die Regionen und Stimmbezirke mit überproportional vielen politikfernen Bürger_innen, die zur Wahlenthaltung neigen und entsprechend schwierig zu mobilisieren sind.

Dies erzeugt (nicht nur in Niedersachsen) ein besonderes strategisches Trilemma: Sollte die SPD aktiver um die Mehrheit in den Universitätsstädten kämpfen, also verstärkt um den nicht unerheblichen Teil der Wählerschaft werben, der in seinem Wahlverhalten zwischen Grünen und SPD schwankt? Sollte sie sich primär, wie in den längsten Jahren der „alten“ Bundesrepublik, auf die Auseinandersetzung mit der CDU konzentrieren? Oder sollte der Schwerpunkt auf die Mobilisierung der politikfernen Bevölkerungsschichten legen, in deren Umfeld die AfD besondere Wahlerfolge potenziell erzielen kann? Zu vermuten ist, dass bei einem Fokus auf die Universitätsstädte die ohnehin schon frustrierten Wählergruppen in den ländlichen bis klein- und mittelstädtischen Gegenden sich endgültig von der Politik nicht mehr gesehen fühlen und sich ebenfalls von der SPD abwenden. Die CDU wiederum ist in den ältesten Kohorten sicherlich der Hauptgegner der SPD bei der Frage, wer glaubwürdig und kompetent die Regierung anführen kann. Eine zu starke Orientierung an den Themen der Grünen wäre auch hier nicht Erfolg versprechend. Dies aus zwei Gründen: die inhaltliche Distanz zu dieser älteren Wählerschaft würde zu groß, und in der jüngeren Wählerschichten gäbe es einen Agenda-Effekt zugunsten der Grünen, weil in der Wahrnehmung der Bevölkerung die kompetenteste Partei für „grüne“ Themen eben die Grünen sind. Zugleich ist der programmatische Wandel der AfD auch eine Herausforderung für die SPD. Die AfD in Niedersachsen ist nicht mehr nur die migrations- und demokratieskeptische Partei. Die AfD versucht stark die ökonomischen Abstiegsängste anzusprechen und hat sich von ihren markliberalen Teilwurzeln ihrer Gründungszeit weitgehend entfernt. Sie hat damit das Potenzial, um die Gruppe der Arbeiter_innen und Angestellte mit konservativ-traditioneller Ausprägung mit der SPD erfolgreich zu konkurrieren.

Im abgelaufenen Landtagswahlkampf konnte die SPD dieses Trilemma koalitions-taktisch wie personalpolitisch lösen: durch die klare Festlegung auf rot-grün war sie für die universalistisch geprägte bildungsbürgerliche Wählerschaft akzeptabel und in Kombination mit dem beliebten und als kompetent erachteten Kandidaten konnte sie eine Führungsfigur Stephan Weil präsentieren, die auch für konservative Wähler_innen attraktiv war. Die SPD hat in diesem Wahlkampf vieles richtig gemacht und trotzdem an Wählerstimmen eingebüßt. Grüne Themen stehen verstärkt auf

der Agenda und ziehen im rot-grünen Milieu die Wähler_innen zu den Grünen. Zugleich nahmen aber die ökonomischen Sorgen zu. Der bewährte und bekannte Ministerpräsident konnte hier Kontinuität und Sicherheit vermitteln.

Für die Zukunft stellt sich für die Landes-SPD die Aufgabe einen Weg zu finden, den diskursiven Führungsanspruch im universalistischen Lager gegenüber den Grünen zu behaupten, ohne zugleich in ihren klassischen Themen der Umverteilung und sozialen Gerechtigkeit als weniger engagiert wahrgenommen zu werden. Zu raten wäre der niedersächsischen SPD die Entwicklung eigener, selbstbewusster Narrative jenseits grüner Deutungsmuster in der folgenden Art: soziale Gerechtigkeit schafft die Grundlage für gute Klima- und Umweltpolitik – nicht umgekehrt. Eine klimagerechte Zukunft gibt es nur in der sozial gerechten Gesellschaft – und die kompetenteste Partei, die sozial gerechte Gesellschaft herzustellen, ist die SPD.

Einige Schlussfolgerungen und künftige Herausforderungen

Kompetenzbewertung und glaubwürdige Machtoption

Die entscheidende Rolle der Persönlichkeit Stephan Weils darf nicht überdecken, dass es die Kombination aus Kandidaten, Programm und Parteikompetenz war, die zum Erfolg geführt hat. Die niedersächsische Bevölkerung wünscht pragmatische Problemlösungen, und sie unterstützt die Partei, die die Personen hat, denen die Lösung dieser Probleme zugetraut werden.

Zum stimmigen Paket aus Programm und Kandidat kommt zudem der Aspekt des glaubwürdigen Führungsanspruchs und der realistischen Machtoptionen. Das relativ schlechte Abschneiden der CDU geht auch darauf zurück, dass sie eine solche realistische Macht-/Koalitionsoption nicht anzubieten vermochte.

Sichtbarkeit auf Bundesebene ist etwas anderes als Beliebtheit auf Landesebene

Auffallend im Wahlkampf wie in der Nachberichterstattung war, dass obwohl der Kandidatenfaktor bei der Wahl so unstrittig für die SPD und Stephan Weil sprach, dieser als vergleichsweise farblos auf Bundesebene dargestellt wurde. Dem liegt ein fundamentales Missverständnis zugrunde: für eine Landtagswahl muss eine (wenigstens) mediale Präsenz im politischen Berlin nicht zuträglich sein. Sie ist sogar weitgehend unerheblich. Die niedersächsische Bevölkerung vertraut der Landespolitik „vor Ort“ deutlich mehr als der Bundespolitik, die als „weit weg“ erscheint. Die Beliebtheitswerte im Bund sind für diesen Teil der Wählerschaft also schlicht irrelevant. Ein sichtbares und erfolgreiches Eintreten für die Interessen des Bundeslandes in Berlin wird zwar wiederum als positiv wahrgenommen. Es kommt aber

darauf an, eine glaubwürdige, zur jeweiligen politischen Kultur des Bundeslandes passende Persönlichkeit zu finden.

Spaltung zwischen Universitätsstädten und dem Land

Die Geografie des Wahlverhaltens ist eindeutig: während in den Universitätsstädten die Grünen stark zulegen und dort in einzelnen Stimmbezirken die absolute Mehrheit auf sich vereinigen, gewinnt die AfD in den ländlichen Regionen sowie in industriell geprägten Klein- und Mittelstädten. Es hat bei dieser Niedersachsenwahl keinen Rechts- oder Linksrutsch gegeben, sondern die Spaltung zwischen universalistisch werteorientierter Wählerschaft in den Universitätsstädten und weniger modernistischer und zum Teil demokratieskeptischer Wählerschaft abseits davon; dies hat sich auch im Wahlergebnis niedergeschlagen. Eine künftige Herausforderung wird sein, insbesondere die Bevölkerung der ländlichen Gebiete und industriellen Klein- und Mittelstädte Perspektiven zu bieten und mit auf den Wandel hin zur fossilenergiefreien Wirtschaft mitzunehmen.

Soziale Sicherheit und Klimapolitik

Einige Zeit lang haben wir in der Politikwissenschaft diagnostiziert, dass die ökonomische Konfliktachse in den Hintergrund der politischen Auseinandersetzung gerät. Anstelle dessen wurde die kulturelle Achse: GAL – grün, alternativ, libertär – vs. TAN – traditionell, autoritär, national – als zunehmend dominant diagnostiziert.⁹ Tatsächlich erscheint der Wandel der politischen Landschaft aber zumindest in Niedersachsen als etwas komplexer. Die ökonomischen sowie sozialen Verwerfungen infolge der Energieknappheit reaktivieren klassische sozio-ökonomische Fragen. Umwelt- und insbesondere Klimapolitik werden künftig zwar im Vordergrund stehen, aber die Niedersachsenwahl verdeutlicht, dass dies nicht zu einer Irrelevanz der sozialen Frage führt, im Gegenteil. Als künftige Herausforderung für die Parteien zeichnet sich ab, in den kommenden Jahrzehnten soziale Sicherheit und wirtschaftliches Wohlergehen während des Transformationsprozesses hin zur klimafreundlichen Wirtschaft zu gewährleisten. Bei der aktuellen Landtagswahl geriet angesichts der absehbaren Preissteigerung das Thema Bildungs- und Schulpolitik in den Hintergrund. Die Gestaltung des Lebensraums Schule zur Gestaltung der Lebenschancen junger Menschen bleibt aktuell und wird künftige Landtagswahlkämpfe wieder dominieren. Das Thema Migration scheint aktuell durch wirtschaftliche Herausforderungen getriggert zu sein. Es kann im Grunde keine weitverbreitete Migrationsfeindlichkeit in der niedersächsischen Bevölkerung festgestellt werden. Aber vielen der Personen, die wirtschaftliche Sorgen haben, bereitet auch die hohe Migration Sorge. Hier wird es eine besondere Herausforderung sein zu vermitteln, dass diese Sorgen ernst genommen werden.

⁹ Mit andere Terminologie ursprünglich bei Herbert Kitschelt (1994): *The Transformation of Social Democracy*; zur Bundestagswahl 2017 z. B. Franzmann, Simon T., Heiko Giebler, and Thomas Poguntke. "It's no longer the economy, stupid! Issue yield at the 2017 German federal election." *West European Politics* 43.3 (2020): 610-638.



Zentrale Links und Quellen

Landesamt für Statistik Niedersachsen: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/LW2022/> [zuletzt abgerufen am 04.12.2022]

Wahlergebnis auf Stimmbezirksebene entnommen: <https://wahlen.kdo.de/public/> [zuletzt abgerufen am 04.12.2022]

Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Niedersachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 9. Oktober 2022, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim Nr. 189, November 2022.

Hensel, Alexander: Wer wählte wo und warum die AfD? [<https://www.ifdem.de/beitraege/ltw-nds-wer-wahlte-wo-und-warum-die-afd/>], zuletzt abgerufen am 04.12.2022]

Infratest dimap: Landtagswahl Niedersachsen. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Tabellenbänder und Abbildungen von Infratest-dimap für die SPD, 09. Oktober 2022.

Riethmüller, Felicia: Tektonische Verschiebungen. Wahlkreispositionen zur Niedersächsischen Landtagswahl [<https://www.ifdem.de/beitraege/tektonische-verschiebungen/>], zuletzt abgerufen am 04.12.2022]

Schenke, Julian, Munderloh, Annemieke., Franzmann, Simon T., & Kühnel, Steffen. (2021). Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021: Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie.

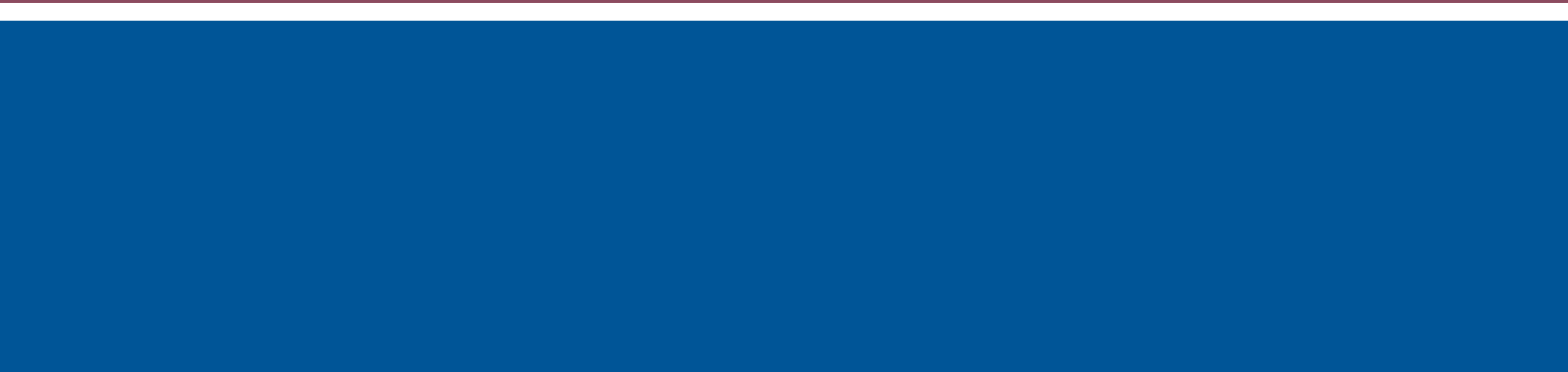
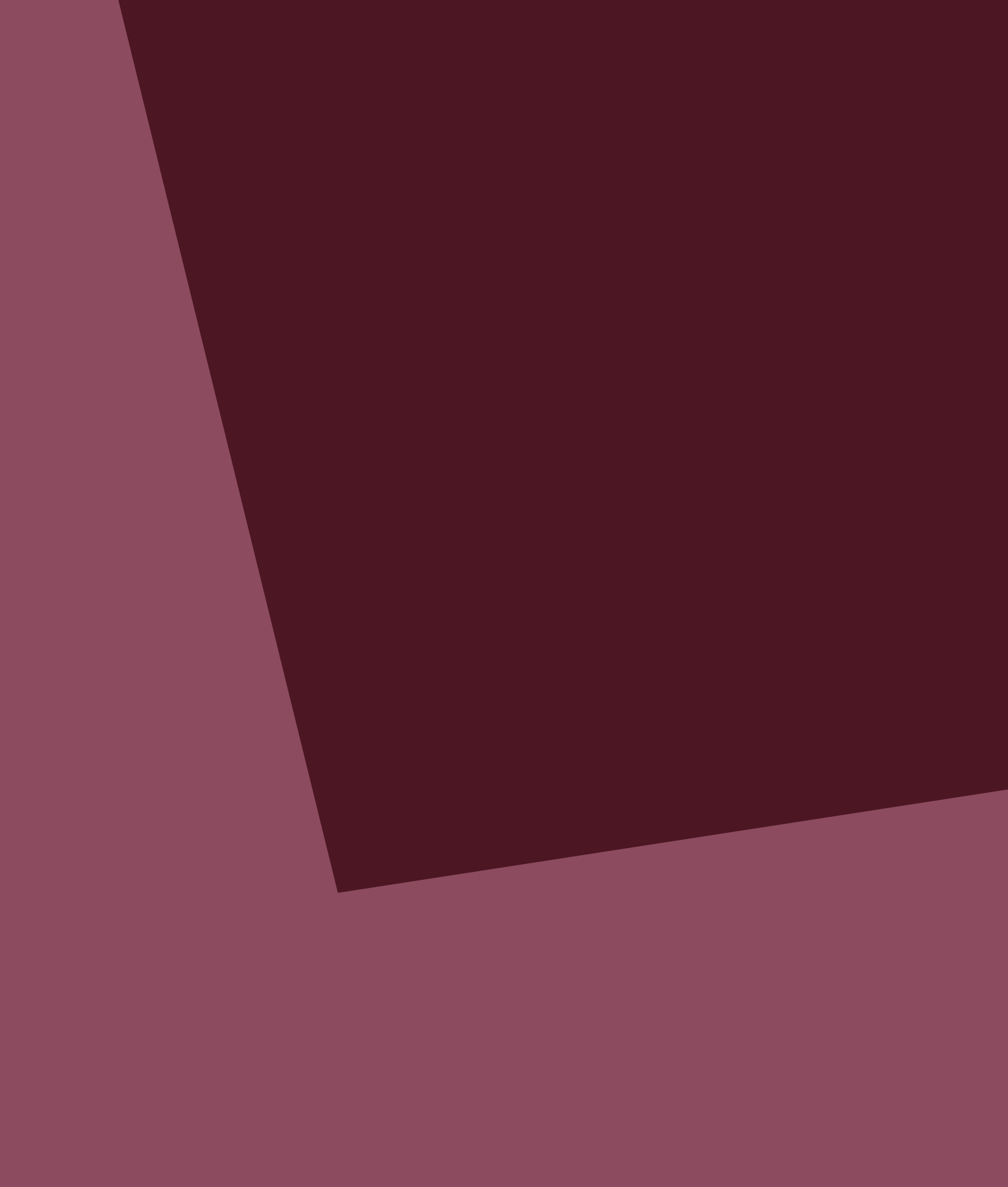
Statista – Analysen zur Niedersächsischen Landtagswahl: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/663234/umfrage/meinung-ueber-die-wichtigsten-politischen-probleme-in-niedersachsen/> [zuletzt abgerufen am 04.12.2022]

Tagesschau.de: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-10-09-LT-DE-NI/> [zuletzt abgerufen am 04.12.2022]

Der Autor

Prof. Simon T. Franzmann

Professor für Demokratieforschung (mit den besonderen Schwerpunkten in der Parteien- und Politischen Kulturforschung) und Direktor des Instituts für Demokratieforschung Göttingen



Impressum

ISBN 978-3-98628-221-9

Herausgegeben vom Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Theaterstr. 3 • 30159 Hannover

Bestellung/Kontakt: niedersachsen@fes.de
Informationen zum politischen Bildungsangebot in Norddeutschland finden Sie unter <https://www.fes.de/niedersachsen>

Autor: Simon T. Franzmann

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind die des Autors und nicht die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Lektorat: Stephan Meuser

Gestaltung: Typografie · im · Kontext, Berlin

Titelfoto: Picture Alliance

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2022

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.